

Politische PVS Vierteljahresschrift

Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft

Herausgegeben
von Vorstand und
Beirat der Deutschen
Vereinigung für
Politische Wissenschaft

Aus dem Inhalt:

Abhandlungen

Marc Debus/Christoph Knill/Jale Tosun
Drum zahle, wer sich ewig bindet:
Eine Analyse der Gebührenhöhe für
eingetragene Lebenspartnerschaften in
Baden-Württemberg

Michael Koß

Die Ausgestaltung der parlamentarischen
Agendamacht – Plädoyer für eine
holistische Analyse von Parlamenten

Philip Manow

Wahlkreis- oder Listenabgeordneter,
Typus oder Episode? Eine Sequenzanalyse
der Wege in den Bundestag

PVS-Literatur

Rezension und Replik

Thomas Risse: *A Community of
Europeans?* (Gisela Müller-Brandeck-
Bocquet, Jürgen Neyer)

1 2012

53. Jahrgang

Seite 1–180

ISSN 0032-3470



Nomos



D V
P W

von Vetomöglichkeiten, die zivilgesellschaftliche Organisationen in Brüssel gerade nicht besitzen – so ist die Kernaussage von *Kobler-Koch und Quittkat* für die Debatte über das europäische Demokratiedefizit von großer Wichtigkeit: Partizipative Demokratie (im EU-bezogenen Verständnis) ist nicht ohne demokratischen Wert, kann aber traditionelle repräsentative Verfahren demokratischer Willensbildung auch nicht annähernd ersetzen.

Achim Hurrelmann

Weldenfeld, Werner. *Die Europäische Union*. Paderborn, Wilhelm Fink Verlag/UTB 2010. 222 Seiten. 14,90 €.

Bei der enormen Fülle an Material, das einerseits die EU selbst durch ihre Regelungsaktivitäten generiert und das andererseits in einer nicht minder stark wachsenden Sekundärliteratur ihren Niederschlag findet, muss sich jeder Autor bei einem Neuversuch einer Einführung entscheiden, ob er eine möglichst detaillierte und damit umfangreiche, oder eine kurze und zwangsläufig vereinfachende Darstellung wählen möchte. Mit seinem Buch *Die Europäische Union* ist es Werner Weldenfeld gelungen, einen insgesamt erfolgreichen Mittelweg zwischen diesen beiden Polen einzuschlagen.

Methodisch überzeugt das Buch durch eine sinnvolle Dreiteilung des Themas: Der erste Teil zu historischen und konzeptionellen Grundlagen widmet sich der Geschichte der EU, den wesentlichen Integrationstheorien und den zentralen Grundfragen der europäischen Einigung. Der zweite Teil erklärt die institutionelle Ausgestaltung der Union und befasst sich in jeweils eigenen Kapiteln mit ihren Organen, zusätzlichen

Akteuren im „erweiterten Institutionensystem“ (142) sowie ihren Rechtssetzungs- und Entscheidungsverfahren. Der dritte Teil schließlich wendet sich den inhaltlichen Regeln des Binnenmarktes und der Wirtschafts- und Währungsunion zu, diskutiert die Rolle der EU als Akteur in den internationalen Beziehungen und schließt mit Überlegungen zu den möglichen zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten der EU und den Herausforderungen, denen sie sich gegenüber gestellt sieht. (Weldenfeld selbst erachtet die EU hier als „strategisch verwirrt“ (213) und sieht in der Deutung der EU „als die rettende, elementare Antwort auf die Globalisierung“ (214) die wesentliche Quelle für die Wiedererlangung ihrer Vitalität). Zahlreiche Infokästen, Tabellen und Abbildungen fokussieren das Augenmerk des Lesers auf ausgewählte Themen, und jedes Kapitel schließt mit weiterführenden Literaturhinweisen. Der Text selbst ist durchgehend kenntnisreich, eingängig und sehr verständlich geschrieben.

Bleibt die Darstellung der EU insgesamt auch ohne größere Lücken, so hätten einige Themen doch etwas mehr Beachtung verdient, selbst wenn dies einige zusätzliche Druckseiten bedeutet hätte. Insbesondere ist hier die zentrale Rolle des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) für die Integrationsgeschichte zu nennen, war er es doch, der die Suprematie und die Direktwirkung des Europarechts durch wegweisende Urteile in die Verträge hineininterpretierte und der in den 1990er Jahren im Zentrum einer regen und wegweisenden akademischen Debatte über die Gestaltungsmacht nichtstaatlicher internationaler Akteure stand. Diese „Motorenrolle“ (137) des EuGH wird jedoch nur angerissen und weder im Theorie- noch

im Abschnitt zum EuGH die zentrale Rolle nationaler Gerichte durch ihre Nutzung des Entscheidungsverfahrens der Union des EuGH erst ermöglicht. Der bemerkenswerte Dialog zwischen dem deutschen Verfassungsgericht, dessen Rolle zur Berücksichtigung eines eigenen Grundrechtekatalogs allgemeinen Rechtsgrundsatzes durch die Gemeinschaftsrechtsprechung führte, werden nicht diskutiert. Im Vergleich hierzu wird das Thema der Legitimität und der legitimierten Demokratie der EU häufiger Bezug genommen. Weldenfeld verweist etwa auf die Verankerung des Subsidiaritätsprinzips, das neben einer funktionalen auch eine wesentliche Komponente enthält und den Lissabonner Vertrag als Warnsystem durch die nationalen Parlamente (151 f.). Mehr noch als in den Neuerungen sieht Weldenfeld die Voraussetzungen für eine wirkungsvolle transnationale Demokratie in der Schaffung einer gemeinsamen Öffentlichkeit und der verstärkten Diskussion europäischer Themen in den politischen Entscheidungsprozessen der Mitgliedsstaaten (35 f.). Der Zentralität dieses Themas auch hier sinnvoll gewendet werden weiter auszuholen und kontroversen akademischen Revue passieren zu lassen, um nicht um die insbesondere die Schaffung der Output-Legitimität der EU haben, und die andererseits

im Abschnitt zum EuGH vertieft. Auch die zentrale Rolle nationaler Gerichte, die durch ihre Nutzung des Vorabentscheidungsverfahrens die starke Position des EuGH erst ermöglichten und der bemerkenswerte Dialog zwischen EuGH und dem deutschen Bundesverfassungsgericht, dessen Solange-I-Urteil zur Berücksichtigung eines ungeschriebenen Grundrechtskatalogs als Teil der allgemeinen Rechtsgrundsätze des Gemeinschaftsrechts durch den EuGH führte, werden nicht diskutiert.

Im Vergleich hierzu wird auf das große Thema der Legitimität und des oft diagnostizierten Demokratiedefizits der EU häufiger Bezug genommen. *Weidenfeld* verweist etwa auf die Stärkung der demokratischen Legitimität der Union durch den Lissabonner Vertrag (96) und durch die primärrechtliche Verankerung des Subsidiaritätsprinzips, das neben einer funktionalistischen auch eine wesentliche normative Komponente enthält und das durch den Lissabonner Vertrag um ein Frühwarnsystem durch die Einbindung nationaler Parlamente ergänzt wird (151 f.). Mehr noch als in institutionellen Neuerungen sieht *Weidenfeld* aber die Voraussetzungen für eine funktionierende transnationale Demokratie in der Schaffung einer genuin europäischen Öffentlichkeit und einer verstärkten Diskussion europapolitischer Themen in den politischen Debatten in den Mitgliedsstaaten (35 f.; 208 f.). Bei der Zentralität dieses Themas wäre es auch hier sinnvoll gewesen, ein wenig weiter auszuholen und kurz die teils kontroversen akademischen Debatten Revue passieren zu lassen, die sich einerseits um die insbesondere von *Fritz Scharpf* mitgeprägte Diskussion um die Output-Legitimität der EU entwickelt haben, und die andererseits von *An-*

drew Moravcsiks These befeuert wurden, dass das Demokratiedefizit der EU letztlich eine Chimäre sei, da es empirisch nicht belegbar und in jedem Falle nicht wesentlich größer sei als das eines jeden EU-Mitgliedsstaates.

Wenngleich die Zielgruppe des Buches insbesondere Studierende der Politikwissenschaft im Bachelorstudium sein dürften, so wäre es durchaus nützlich gewesen, bei zentralen Regelungen auch auf die jeweiligen Artikel der Verträge über die Europäische Union und die Arbeitsweise der Europäischen Union zu verweisen, um den Studierenden den Zugang zu den zugrundeliegenden Primärtexten zu erleichtern. Heutzutage sind Regelungsarrangements jenseits des Staates in fast allen Sachbereichen aufgrund ihrer zunehmenden Verrechtlichung mehr denn je durch die gegenseitige Durchdringung von Recht und Politik gekennzeichnet, und Studierende sowohl der Politik- als auch der Rechtswissenschaft sollten bereits früh im Studium dafür sensibilisiert und idealerweise sowohl mit dem Arbeitsmaterial als auch mit den wesentlichen Theorien und Methoden der jeweils anderen Disziplin vertraut gemacht werden. Die nicht zuletzt im deutschsprachigen Raum weiterhin vielfach zu beobachtende, aber aus wissenschaftlicher Sicht oft erkenntnishemmende Trennung der beiden Disziplinen könnte so schon im Rahmen des Studiums zumindest ansatzweise überwunden werden.

Im Vergleich zu den Vorzügen des Buches sind die hier aufgeführten Kritikpunkte aber letztendlich marginal und im Wesentlichen als Desiderata für zukünftige Neuauflagen zu verstehen; zudem lassen sie sich auch ohne Probleme durch Ergänzungstexte zum Europarecht oder zu ausgewählten po-

litikwissenschaftlichen Spezialproblemen selbst beheben. Ungeachtet dieser abweichenden Präferenzen des Rezensenten kann *Werner Weidenfelds* Buch daher letztlich nur wärmstens als eine der besten und kompaktesten deutschsprachigen Einführungen in die komplexe Materie der EU empfohlen werden, das in dieser Rolle sicher schnell zu einem Standardwerk avancieren wird; das schnelle Erscheinen einer zweiten Auflage nur ein Jahr nach der ersten deutet dies bereits an.

Andreas von Staden

Politische Bildung

Lösch, Bettina, und Andreas Thimmel (Hrsg.). *Kritische politische Bildung. Ein Handbuch*. Schwalbach/Ts. Wochenschau Verlag 2010. 542 Seiten. 49,80 €.

Bettina Lösch und Andreas Thimmel veröffentlichen den vorliegenden Band mit dem ambitionierten Anspruch, die Notwendigkeit einer kritischen politischen Bildung zu verdeutlichen, grundlegende Themen der kritischen Gesellschaftstheorie für die politische Bildungsarbeit zu thematisieren, einen kritisch-reflexiven Blick auf die didaktische und pädagogische Praxis zu richten sowie den institutionellen Kontext politischer Bildung aufzuzeigen (7). Um es vorweg zu sagen: Obgleich dieser Anspruch nicht in Gänze erfüllt wird, handelt es sich um eine für den Diskurs in der politischen Bildung wichtige Publikation, die produktive Anlässe zur weiteren Auseinandersetzung um die Zweckbestimmung politischer Bildungsmaßnahmen im schulischen wie im außerschulischen Bereich bietet.

Das Verdienstvolle des Bandes wird in dem grundlegenden Aufsatz von *Gerd Steffens* hinsichtlich der Frage, ob kritisch-emanzipatorische Bildung einer Neubegründung bedürfe, augenfällig. Steffens konstatiert bei seinen Überlegungen darüber, ob die Politikdidaktik eine eigenständige wissenschaftliche Disziplin sei, dass sich die universitäre Disziplin der Politikdidaktik sehr eng zu formieren suche, indem etwa ein didaktischer Fachverband (GPJE) den Anspruch erhebe, die „legitime kollektive Stimme der Disziplin zu sein“ (26), ein „weitgehend identische(r) Autorenkreis“ darum bemüht sei, „den Bestand an Themen, Perspektiven und Aussageformen zu normieren“, eine „Selbstkanonisierung“ dieses Kreises vor sich gehe und schließlich das „Maß an Selbstreferenzialität“ erreicht werde, das als „Zitierkartell“ angemessen zu beschreiben sei. Es kann an dieser Stelle nicht darum gehen, die Anwürfe Steffens an die – das wird im Subtext des Aufsatzes deutlich – vorgeblich unkritischen Vertreterinnen und Vertreter der Politikdidaktik im Einzelnen zu diskutieren, seine Kritik mag bisweilen sogar berechtigt sein. Bezeichnend ist jedoch, dass in dem vorliegenden Band die von Steffens beschriebenen Monita von den sich kritisch verstehenden politischen Bildnerinnen und Bildnern vielfach selbst repliziert werden. Was Not tut, ist offenbar eine Weitung der jeweiligen Perspektive der verschiedenen Ausrichtungen schulischer und außerschulischer politischer Bildung auf das gesamte Spektrum des politikdidaktischen Diskurses. Dazu könnte die vorliegende Publikation einen wichtigen Anstoß bieten.

Im ersten Kapitel werden Grundlagen und Erfordernis einer kritischen politischen Bildung zu begründen gesucht.

Das Themenspektrum reiht „Emanzipation: Gesellschaftsänderung durch Erzieherische Bildung – ein Rückblick nach wie vor aktuelle“ (L. Klaus-Peter Hufer) bis hin zu einem kritischen Tiefverständnis für die Bildung von Bettina Lösch. Lösch fordert ein erweitertes Verständnis für die politische Bildung, bei es gelte, neue Formen der politischen Beteiligung und Bildungsdidaktische Gestaltung zu (125).

Im zweiten Abschnitt werden Sozialwissenschaftliche Bezugspunkte herangezogen, die Bereiche Politik – Staat, soziale Ungleichheit – Gender sowie Subjekt – Handlungsfähigkeit zu Instruktion sind hier und ohne damit die Qualität der Beiträge mindern zu wollen, die von Albert Schlich von Subjektivität als „griff kritischer politischer Subjektorientierte politische Scherr, verstehe Bildung als Prozess, der den Selbstbildungsprozesse zu ermutigen, zu unterstützen und zu legitimieren (310).

Der als „reflexiver Blick“ auf die politische und pädagogische schreibende darauffolgende geht so unterschiedlichen, wie der Methodenwahl in der Unterricht, der Beziehung zwischen der und ökonomischer, hin zu der Frage, ob Orientierung einen Beitrag zur politischen Bildung für Migrantinnen und Migranten können. Warum hier bildungsdidaktische Momente reflektiert werden können.